



Presseschau vom 18.08.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

Nikolaj Jolkin: Zweifel am Impfstoff „Sputnik V“ – russische Mediziner klären auf

Am Montag sollte eine ausländische wissenschaftliche Zeitschrift ausführliche Daten zum russischen Corona-Impfstoff veröffentlichen. Laut Russlands Gesundheitsminister Michail Muraschko stammen die kritischen Äußerungen zum Präparat daher, dass man im Ausland unzureichend über seine Entwicklung informiert ist. ...

<https://sptnkne.ws/DvFr>

Sofja Melnitschuk, Galija Ibragimowa: USA brauchen Abkommen mit Russland: „Für mehr Klarsicht im Raketendickicht“

Moskau und Washington verhandeln in Wien über Abrüstung. Vize-Außenminister Sergej Rjabkow und der Sondergesandte Marshall Billingslea beraten über das New START genannte Abkommen. In weniger als sechs Monaten läuft es aus, sollte keine Verlängerung vereinbart werden. Es geht um einen Eckstein der internationalen Sicherheit. ...

<https://sptnkne.ws/DvXS>

vormittags:

tass.ru: **Die Gewerkschaftsorganisation von "Belaruskali" teilte mit, dass das Unternehmen weiterhin arbeitet**

Es gebe keine eindeutige Position zur Einstellung der Produktion, sagte der Gewerkschaftsvorsitzende.

Der größte Düngemittelhersteller "Belaruskali" arbeitet immer noch mit reduzierten Kapazitäten, es gibt keine definitive Position zur Einstellung der Produktion. Dies wurde TASS am Dienstag vom Leiter der Gewerkschaftsorganisation des OJSC Belaruskali Andreij Rybak mitgeteilt.

„Die Produktion wurde nicht vollständig eingestellt. Bergleute gehen in die Mine und führen ihre Arbeiten durch. Es gibt diejenigen, die bezweifeln, dass diese Methoden (Streik – Anm. TASS) zweckmäßig sind. Wir versuchen zu erklären, dass das Leben weitergeht und wir Familien ernähren und Düngemittel gemäß den vertraglichen Verpflichtungen liefern müssen.“, sagte Rybak.

wpered.su: Ein Sekretär des ZK der KP der DVR nahm an einer internationalen virtuellen Kundgebung gegen die Blockade Kubas teil

Am 17. August fand eine internationale virtuelle Kundgebung „Stoppt die Blockade Kubas“ statt, an der Vertreter der Solidaritätsbewegung mit der Insel der Freiheit in der DVR, der RF, der Ukraine, Kanada und EU-Ländern teilnahmen. Bei der Veranstaltung traten sie ein weiteres Mal gegen die Blockade von Seiten der USA auf, tauschten Erfahrungen bei der Organisation von Solidaritätsaktionen aus und vereinbarten eine weitere Koordination ihrer Anstrengungen bei der Unterstützung Kubas, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit. „Zurzeit konzentrieren wir unsere Anstrengungen auf die Sammlung von Unterschriften zur Unterstützung der kubanischen Ärzte, damit diese den Friedensnobelpreis erhalten. Die ganze Welt steht ihnen gegenüber in der Schuld, einschließlich der Länder der ehemaligen UdSSR. Ich erinnere daran, dass vor 30 Jahren das Programm ‚Kinder von Tschernobyl‘ begann, für das Kuba 350 Mio. Dollar ausgab. Im März 1990 traf die erste Gruppe von Kindern aus von der Explosion im Tschernobyl AKW betroffenen Bezirken auf der Insel der Freiheit ein, die von Fidel Castro persönlich begrüßt wurde. Insgesamt wurden auf Kuba mehr als 20.000 Ukrainer, etwa 3000 Russen und mehr als 700 Belorussen behandelt“, berichtete der Sekretär des ZK der KP der DVR und Vertreter der Freundschaftsgesellschaft „Donbass – Kuba“ Stanislaw Retinskij.

Er merkte auch an, dass die Mitglieder der Solidaritätsbewegung mit Kuba in der Donezker Volksrepublik sich auf jeden Fall der internationalen Aktion aus Anlass der Behandlung des jährlichen Berichts über die Aufhebung der Brigade in der UN-Generalversammlung anschließen werden.

de.sputniknews.com: Russische Militärpolizei startet landesweite Übung

Mehr als 2500 Soldaten und 500 Fahrzeuge nehmen an einer großen Übung der russischen Militärpolizei teil, die am heutigen Dienstag beginnt und am Freitag zu Ende gehen soll. Wie das Verteidigungsministerium am Dienstag mitteilte, ist die Übung „Strasch 2020“ („Wächter 2020“) planmäßig. Geübt werden soll „auf dem ganzen Territorium der Russischen Föderation“.

Beteiligt seien Einheiten der Militärpolizei von drei Militärbezirken und der Nordflotte. Das erklärte Ziel der Übung, die in zwei Etappen stattfinden soll, ist es, die Bereitschaft der Soldaten zur Erfüllung ihrer Dienstaufgaben zu prüfen. Darüber hinaus sollen neue Ausrüstung und Technik erprobt werden, die die Militärpolizei in diesem Jahr in Dienst gestellt hat.

Die russische Militärpolizei besteht seit 2012 und ist unter anderem in Syrien im Einsatz.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32599/56/325995677_0:0:3072:1662_1000x0_80_0_1_a334dfd58eb4189da5a336965c2596b7.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 17. August wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.sputniknews.com: **Proteste in Weißrussland: US-Abgeordnete verurteilten mögliche Hilfe Russlands**

Einige US-Abgeordnete haben die angebliche Bereitschaft Russlands, sich in Weißrussland einzumischen und den Präsidenten des Landes Alexander Lukaschenko militärisch zu unterstützen, heftig verurteilt.

Der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des US-Repräsentantenhauses, Eliot Engel, und der Spitzen-Republikaner in dem Ausschuss, Michael McCall, haben die Tatsache kritisiert, dass Russland angeblich bereit sei, Weißrussland im Zusammenhang mit den Protesten im Land „militärische Hilfe“ zu leisten.

„Da der Kreml versucht, die Souveränität und Unabhängigkeit eines anderen europäischen Landes zu untergraben, verurteilen wir das rücksichtslose Angebot des russischen Präsidenten, Wladimir Putin, vehement, dem Lukaschenko-Regime in Weißrussland militärische Hilfe zu leisten“, heißt es in einer am Montag veröffentlichten Erklärung.

„Wir fordern die Administration nachdrücklich auf, weiterhin von einer Aggression Moskaus abzusehen und mit unseren europäischen Verbündeten zusammenzuarbeiten, um das weißrussische Volk zu unterstützen, die Freilassung Tausender inhaftierter friedlicher Demonstranten und politischer Gefangener zu fordern, den übermäßigen Einsatz von Gewalt durch die weißrussischen Behörden zu verurteilen und das souveräne Recht Weißrusslands, seine eigene Zukunft zu bestimmen, zu verteidigen“.

Zuvor hatte Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko nach eigenen Angaben bei einem Telefongespräch mit seinem russischen Amtskollegen, Wladimir Putin, Hilfe für den Bedarfsfall vereinbart.

Das Gespräch fand am Samstag auf Initiative von Minsk statt. Lukaschenko informierte Putin über die aktuelle Situation im Land nach der Präsidentschaftswahl. Die beiden brachten ihre Zuversicht zum Ausdruck, dass die Probleme bald gelöst würden, teilte der Kreml mit.

Die angespannte Lage sollte nicht von „destruktiven Kräften“ ausgenutzt werden, hieß es. ...

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 17. August 3:00 Uhr bis 18. August 3:00 Uhr
Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und

Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung festgestellt.

Gleichzeitig wurden Verstoß gegen die Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt:

Um 14:55 Uhr wurde eine Drohne der BFU des Typs „Quadroptor“ bemerkt, die sich aus Talakowka in Richtung Kominternowo in einer Höhe von etwa 150 Metern bewegte.

Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Ex-CIA-Mitarbeiter der Spionage für China beschuldigt**

Zwei ehemalige CIA-Mitarbeiter werden beschuldigt, geheime Informationen an China weitergegeben zu haben. Dies geht aus einer Mitteilung des US-Justizministeriums hervor. Demnach wurde der 67-jährige ehemalige Mitarbeiter des US-Nachrichtendienstes CIA Alexander Yuk Ching Ma am 14. August 2020 unter dem Vorwurf verhaftet, er habe sich mit einem Verwandten von ihm, ebenfalls ein ehemaliger CIA-Offizier, verschworen, Geheiminformationen bis zur Top-Secret-Stufe an Geheimdienstmitarbeiter der Volksrepublik China zu übergeben.

Der gebürtige Hongkonger Ma habe sich in den USA eingebürgert, berichtet das Innenministerium unter Verweis auf Gerichtsdokumente. Ma habe 1982 begonnen, für die CIA zu arbeiten, eine Sicherheitsfreigabe der Stufe Top Secret erhalten, und zahlreiche Geheimhaltungsvereinbarungen unterzeichnet, in denen er sich zu seiner Verantwortung und ständigen Verpflichtung bekannt habe, während seiner Amtszeit bei der CIA US-Regierungsgeheimnisse zu schützen. Ma habe die CIA 1989 verlassen und in Shanghai, China, gelebt und gearbeitet, bevor er 2001 nach Hawaii gekommen sei.

Ma und sein Verwandter sollen ihre Zusammenarbeit mit den chinesischen Geheimdienstlern 2001 begonnen haben, denen sie ein Jahrzehnt lang geheime Informationen im Bereich der nationalen Verteidigung übermittelt hätten.

Bereits bei dem ersten dreitägigen Treffen in Hongkong im März 2001 hätten die beiden ehemaligen CIA-Offiziere den Chinesen Informationen über das Personal, die Operationen und die Methoden der CIA zur Verschleierung von Kommunikation zur Verfügung gestellt. Ein Teil des Treffens soll gefilmt worden sein. Das Video soll zeigen, wie Ma für die übermittelten Geheimnisse 50.000 US-Dollar in bar erhalte und zähle.

Nach seinem Umzug nach Hawaii habe sich Ma um eine Anstellung bei der Sicherheitsbehörde FBI bemüht, um erneut Zugang zu vertraulichen Informationen zu erlangen. 2004 habe die FBI-Außenstelle in Honolulu Ma als Sprachwissenschaftler engagiert, der mit der Überprüfung und Übersetzung chinesischesprachiger Dokumente beauftragt worden sei.

In den darauffolgenden sechs Jahren soll er regelmäßig Dokumente mit dem US-Geheimhaltungsgrad „SECRET“ kopiert, fotografiert und gestohlen haben. Ma habe einige der entwendeten Dokumente und Bilder auf seinen häufigen Reisen nach China mitgenommen und sei oft mit Tausenden US-Dollar in bar und teuren Geschenken zurückgekehrt, „wie einem neuen Satz Golfschläger“.

Ma sei bei einer FBI-Spionageabwehr-Operation entlarvt worden: Im Frühjahr 2019 habe Ma seine Spionageaktivitäten gegenüber einem FBI-Undercover-Mitarbeiter bestätigt, von dem er geglaubt habe, er sei ein Vertreter des chinesischen Geheimdienstes. Dabei habe Ma 2000 US-Dollar vom dem FBI-Mitarbeiter als „kleines Zeichen“ der Anerkennung für Mas Hilfe für China entgegengenommen. Ma habe auch angeboten, wieder für chinesische Nachrichtendienstler zu arbeiten.

Kurz vor seiner Verhaftung habe Ma bei einem Treffen mit einem FBI-Undercover-Mitarbeiter am 12. August 2020 erneut Geld für seine früheren Spionageaktivitäten entgegen

genommen, und seine Bereitschaft geäußert, der chinesischen Regierung weiterhin zu helfen. Er wolle, dass sein Heimatland Erfolg erringe, soll er geäußert haben. Ma werde Verschwörung zur Weitergabe von Informationen im Bereich der Landesverteidigung zur Unterstützung einer ausländischen Regierung vorgeworfen. Am Dienstag solle er erstmals vor einem US-Bezirksgericht für den Bezirk Hawaii auftreten. Im Falle einer Verurteilung drohe ihm eine lebenslange Haftstrafe.

Mzdnr.ru: Am 17. August wurden in der DVR 24 neue Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt.

Alle neuen Fälle wurden bei Kontaktpersonen zu bereits zuvor Erkrankten festgestellt, darunter drei medizinische Beschäftigte. Derzeit sind alle Patienten in zufriedenstellendem Zustand, alle erhalten die notwendige ärztliche Behandlung.

In den letzten 24 Stunden wurden 33 Personen nach zwei negativen Tests als gesund entlassen.

Außerdem gab es einen Todesfall – ein Mann im Alter von 60 Jahren.

Am 18. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 2114 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

961 Patienten sind derzeit in Behandlung, 1035 als gesund entlassen, es gibt 118 Todesfälle. Zum Stand am 18. August wurden Coronavirusinfektionen bei 109 Personen, die seit dem 25. Juni 2020 aus der Ukraine eingereist sind, entdeckt. Alle infizierten Patienten wurden in spezialisierte Einrichtungen des Gesundheitswesens der Republik eingewiesen und werden kostenlos behandelt.

de.sputniknews.com: Bundeskanzlerin Merkel telefoniert mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin

Die Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am Dienstag mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin telefoniert, teilte der Sprecher der Bundesregierung, Steffen Seibert, mit.

Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Lage in Weißrussland nach den Präsidentschaftswahlen vom 9. August.

„Die Bundeskanzlerin unterstrich, dass die belarussische Regierung auf Gewalt gegen friedliche Demonstrierende verzichten, politische Gefangene unverzüglich freilassen und in einen nationalen Dialog mit Opposition und Gesellschaft eintreten müsse, um die Krise zu überwinden“, hieß es.

Die EU-Staats- und Regierungschefs werden am Mittwoch beraten, wie sie sich zu dem Konflikt in der ehemaligen Sowjetrepublik positionieren. Dabei geht es auch um die Frage von Sanktionen gegen Verantwortliche, denen Wahlfälschung vorgeworfen wird, und wegen des brutalen Vorgehens gegen Demonstranten.

Die Bundesregierung hatte am Montag einen Medienbericht dementiert, wonach Bundeskanzlerin Angela Merkel am Sonntag den belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko angerufen hatte. „Ein solches Telefonat hat es seit der Wahl nicht gegeben“, zitierte die Agentur Reuters einen Regierungssprecher.

Die Bundesregierung hat eine Überprüfung der Wahl vom Sonntag vor einer Woche gefordert, aus der Lukaschenko nach offiziellen Angaben als Sieger hervorgegangen war. Seit der Abstimmung kommt es zu Protesten in Weißrussland.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32740/09/327400958_0:0:3217:1740_1000x0_80_0_1_e9ab21b6098681b10156dd87b30047ed.jpg

nachmittags:

deutsch.rt.com: **Merkel und Putin telefonieren über Situation in Weißrussland - Kreml verwarft sich gegen Einmischung**

Seit mehr als einer Woche gehen in ganz Weißrussland Menschen auf die Straße, um gegen die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl am 9. August zu protestieren und den Rücktritt von Präsident Alexander Lukaschenko fordern. Der Druck auf den Staatschef steigt täglich. Angesichts der anhaltenden Proteste in Weißrussland hat Bundeskanzlerin Angela Merkel am Dienstag mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin telefoniert.

Wie aus dem Bundeskanzleramt verlautete, habe Merkel unterstrichen, dass die weißrussische Regierung auf Gewalt gegen friedliche Demonstrierende verzichten, politische Gefangene unverzüglich freilassen und in einen nationalen Dialog mit Opposition und Gesellschaft eintreten müsse, um die Krise zu überwinden.

Der Kreml teilte in Bezug auf das Telefongespräch mit, dass die russische Seite die Unannehmbarkeit jeglicher ausländischen Einmischungsversuche in die inneren Angelegenheiten Weißrusslands unterstrichen habe. Solche Versuche könnten die Krise weiter eskalieren. Dabei habe der russische Präsident seine Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass sich die Situation bald wieder normalisieren werde.

Zuvor hatte Merkel mit dem litauischen Präsidenten Gintanas Nauseda über die Lage in der Republik Belarus gesprochen. Dabei dankte sie dem baltischen Staat für die Aufnahme der weißrussischen Oppositionskandidatin Swetlana Tichanowskaja und interessierte sich für deren Befinden und Pläne.

Inzwischen wollen die EU-Staats- und Regierungschefs am Mittwoch beraten, wie sie sich zu dem Konflikt in der ehemaligen Sowjetrepublik positionieren. Dabei geht es auch um die Frage von Sanktionen gegen Verantwortliche, denen Wahlfälschung vorgeworfen wird. Ein Thema wird auch das Vorgehen der weißrussischen Polizei gegen Demonstranten sein.

dnronline.su: Heute, am 18. August wurde auf dem Leninplatz in Donezk eine „Zeitkapsel“ geöffnet, die vor 50 Jahren von der Jugend der Stadt für ihre Nachkommen hinterlassen worden war.

„Am 22. April 1970 wurde bei einer Manifestation der Jugend der Stadt eine Kapsel niedergelegt, die nach 50 Jahren geöffnet werden sollte. Ich bin überzeugt, dass diejenigen, die sie erstellt haben, meinten, dass dieser Tag noch weit entfernt ist. Aber nun sind wir schon heute Zeugen dieses historischen Ereignisses. Mit großem Respekt gegenüber unserer Geschichte öffnen wir diese Kapsel für jene Jugend, die heute hier anwesend ist. Unsere

Vorfahren konnten nicht annehmen, dass in unserem Land Krieg sein wird, Faschisten ihr Haupt erheben und versuchen, uns alle zu unterwerfen. Aber wir sind die Söhne und Enkel würdiger Sieger. Wir werden alle Kriege besiegen, alle Viren und werden alles, was von uns abhängt, zum Wohl unserer geliebten Stadt tun“, sagte der Bürgermeister der Stadt Alexej Kulemsin.

Der Aufruf an die heutigen Menschen wurde damals in einer Metallkapsel unter eine Marmorplatte unter dem Obelisk, der zu Ehren des 50. Jahrestags der Sowjetmacht aufgestellt worden war, gelegt. Die Aufschrift auf der Platte sagt, dass sie am 150. Geburtstag vom Wladimir Lenin geöffnet werden soll – am 22. April. Angesichts der schwierigen epidemiologischen Lage in der Stadt, wurde diese Veranstaltung verschoben.

Ein Grußwort sprach auch der Veteran des Großen Vaterländischen Krieg, der Partisan und Untergrundkämpfer Alexandr Iwanowitsch Cholin, der Zeuge dieses Ereignisses war.

Den Text des Aufrufs der Jugend aus dem Jahr 1970 verlas der Absolvent der Donezker technischen Nationaluniversität Danil Michajljuk:

„Am 100. Geburtstag Wladimir Iljitsch Lenins von den Komsomolzen und der Jugend Donezks.

Hört uns, Altersgenossen des Jahres 2020!

Diese Stimme ist 5 Jahrzehnte alt. Für uns ist das Zukunft, für Euch Geschichte. An diesem Banner haben wir unsere Komsomolmitgliedsbücher erhalten, mit ihm haben wir Kohle gefördert, Werke erbaut, die Ernte angebaut, gelernt und von der Zukunft geträumt.

Alles, was durch Mühe und das Blut der Helden erreicht wurde, alles, was wir geschaffen haben übergeben wir Dir, der Jugend des Jahres 2020.

Unsere Erfolge und Freuden, Wege in die Weit und Heldentaten, Träume und Hoffnungen, die durch den Oktober befreit wurden, und unsere stolze Bezeichnung – Vorantreiber der neuen Welt – nimm es und setze es fort!

Wir wissen, dass die Erde, die von Dir kultiviert wird, schöner sein wird, die Lieder, die über sie erklingen, freudiger, Euer Wissen enorm.

Wir beneiden Euch, aber auch Ihr beneidet uns, weil Euer schönes Leben eine Fortsetzung unserer Liebe, unserer Glaubens an die Zukunft, unserer Treue zur großen kommunistischen Sache, zur roten Fahne Iljitschs ist.

Tragt diese Fahne weiter!

Die Welt ist für Freude und Gutes erobert. Es lebe der Kommunismus!“.

de.sputniknews.com: **Explosion in Beirut: Präsident Aoun lehnt internationale Ermittlung ab**

Auch zwei Wochen nach der Explosionskatastrophe in Beirut mit mehr als 170 Toten ist die Ursache unklar. Dennoch lehnt der libanesische Präsident Michel Aoun eine internationale Untersuchung ab.

In einem Interview mit der italienischen Zeitung „Corriere della Sera“ schloss Aoun den Einsatz einer internationalen Untersuchungskommission aus, hielt jedoch eine Beteiligung ausländischer Ermittler für möglich.

„Die Verfassung verlangt von unserem Justizsystem, interne Probleme zu untersuchen. Dies schließt eine Anwesenheit von französischen, amerikanischen und anderen Ermittlern nicht aus, die unserer Polizei bereits helfen“, sagte der Präsident.

Die Explosion sei sehr wahrscheinlich ein Unglück gewesen, dennoch würden alle anderen mutmaßlichen Ursachen geprüft.

„Viele libanesische Zeugen behaupten, kurz vor der Explosion Flugzeuge gesehen oder gehört zu haben. Sie müssen gehört werden, auch wenn sie vielleicht nicht sehr glaubwürdig sind“, so Aoun. Auch wenn es sich wahrscheinlich um einen Unfall handle, möchte er nicht beschuldigt werden, „nicht auf jede Stimme gehört“ zu haben.

Die Mutmaßung, dass in Beirut zuerst ein Waffenlager der Hisbollah in die Luft geflogen sei

und Ammoniumnitrat detonieren ließ, wies der Präsident zurück.

„Unmöglich“, antwortete Aoun auf die entsprechende Frage. „Wir wissen, dass die Hisbollah keine Waffenlager im Hafen hat. Dennoch wird auch dieser Spur nachgegangen.“

Der Präsident schloss darüber hinaus seinen vorzeitigen Rücktritt aus, räumte jedoch ein, dass Neuwahlen in sechs bis zwölf Monaten stattfinden könnten.

Am 4. August hatte eine gewaltige Explosion den Hafen in der libanesischen Hauptstadt erschüttert. Nach den jüngsten Informationen der Behörden kamen mindestens 171 Menschen ums Leben, mehr als 6000 weitere wurden verletzt. Dutzende werden vermisst. Laut Behördenangaben detonierten mehr als 2700 Tonnen Ammoniumnitrat während Schweißarbeiten. Der hochexplosive Stoff war 2014 vom Zoll beschlagnahmt und im Hafen gelagert worden.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32565/70/325657048_0:66:2772:1566_1000x0_80_0_1_867602445afcf982d0fede190af27a23.jpg

de.sputniknews.com: **Militär in Mali meutert nahe der Hauptstadt: Minister und ranghohe Offiziere verhaftet – Medien**

Das Militär des westafrikanischen Landes Mali hat in der Nähe seiner Hauptstadt Bamako rebelliert. Dies meldet die Nachrichtenagentur Reuters am Dienstag unter Berufung auf eine Mitteilung der norwegischen Botschaft und eine Quelle in den Sicherheitskreisen.

„Die Botschaft hat Berichte über eine Meuterei in den Streitkräften erhalten; die Truppen sind auf dem Weg nach Bamako. Die norwegischen Bürger sollten vorsichtig sein und möglichst zu Hause bleiben, bis die Situation geklärt ist“, heißt es in der Mitteilung.

Auch die französische und die spanische Botschaft haben ihren Bürgern empfohlen, ihre Häuser nicht zu verlassen.

Eine Quelle der Nachrichtenagentur in den Sicherheitskreisen bestätigte die Meuterei im Lande: „Das Militär hat zu den Waffen gegriffen“, hieß es.

Der Rundfunksender RFI berichtete unter Berufung auf Ortsbewohner, dass am Dienstagmorgen in der Nähe des Militärstützpunktes Kati Schüsse zu hören gewesen seien. Die Stadt Kati ist 15 Kilometer von der Hauptstadt Bamako entfernt. Die Straße zum Stützpunkt sei blockiert und der Zugang zu ihm wird verweigert. Die Gemeinde Kati befindet sich in der Nähe des Präsidentenpalastes.

Wie die Nachrichtenagentur RIA Novosti unter Verweis auf ihre Quellen berichtete, sollen Aufständische in Mali mehrere Minister und ranghohe Offiziere verhaftet und an einen unbekanntem Ort gebracht haben.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 18.08.2020
In den letzten 24 Stunden hat der Gegner wieder die Vereinbarungen bezüglich des Verbot

zum Einsatz jeglicher Art von Fluggeräten verletzt. Im **Gebiet von Kominternowo** haben Kämpfer der 36. Brigade einen **Quadroptopfer vom Typ „Mavic-2“ gestartet und Aufklärung von Positionen in einem sicheren Abstand betrieben.**

Heute haben Besatzer aus der 36. Brigade die Luftaufklärung fortgesetzt, indem sie eine **Drohne im Gebiet von Gnutowo** gestartet haben.

Die Fälle des Einsatzes von Drohnen sind eine grobe Verletzung eines Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Waffenstillstands.

Die Untätigkeit von Seiten der ukrainischen Kommandos gegenüber seinen Unterstellten kann wieder zu einer Eskalation des Konflikts führen.

Außerdem setzten die ukrainischen bewaffneten Formationen trotz des geltenden Verbots die **Ausbildung ihrer Kämpfer zum Einsatz von Krampfdrohnen** fort.

So ereignete sich gestern nach unseren Informationen auf rückwärtigen Positionen der 36. Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Wodjanoje eine Detonation einer BOG-17-Grnate. Ukrainische Propagandisten beeilten sich, die Einheiten der Volksmiliz des Geschehens zu beschuldigen.

Aber nach Angaben unserer Aufklärung haben Mitarbeiter des ukrainischen GZKK und des militärischen Rechtsordnungsdienstes bei einer Ermittlung am Ort des Geschehens festgestellt, dass die **Detonation in der Folge eines Fehlers des ukrainischen Operateurs einer Kampfdrohne** Iwantschenko aus einer Aufklärungskompanie der Brigade erfolgte, der den Einsatz einer Drohne übte und das Geschoss nicht auf einem Übungsplatz, sondern in der Nähe der eigenen Positionen abwarf.

Wir hoffen, dass die ukrainische Seite die Unhaltbarkeit der Beschuldigungen des Stabs der OOS an die Volksmiliz der DVR zugeben und die verlogenen Erklärungen der ukrainischen Militärpropagandisten dementieren wird.

Außerdem haben wir heute Informationen von örtlichen Einwohnern von **Nowgorodskoje** erhalten, dass gegen 11:30 auf den Positionen der 35. Marineinfanteriebrigade zwei Krankenwagen eintrafen, nachdem auf diesen Positionen **Detonationen** zu hören waren. Nach uns vorliegenden Informationen transportierten die Ärzte drei verletzte Soldaten der ukrainischen Streitkräfte von den ukrainischen Positionen ab.

Nach vorläufigen Informationen unserer Aufklärung wurden die ukrainischen Kämpfer infolge unvorsichtigen Umgangs mit Munition verletzt.

Wir schließen nicht aus, dass die ukrainischen Besatzer auch versuchen, die Volksmiliz der Verletzung des geltenden Waffenstillstands zu beschuldigen, um die Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten und Verletzung der Sicherheitsbestimmungen zu verheimlichen.

Unsere Aufklärung bestätigt Fälle der **Stationierung von Waffen und Militärtechnik in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium durch Einheiten der BFU, was eine Verletzung der beschlossenen Maßnahmen ist und das Leben und die Gesundheit örtlicher Einwohner gefährdet, diese Sachverhalte werden auch von Bericht der OSZE-Mission vom 17.08.2020 bestätigt:

So haben Kämpfer der 56. Panzergrenadierbrigade ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug in der Nähe von Peski, einen leicht gepanzerten Mehrzwecktransporter auf einer Gartenparzelle in Netajlowo sowie zwei 122mm-Haubitzen „Gwodika“ in Konstantinowka stationiert. Außerdem hat die 56. Brigade, die gerade im Rahmen der Rotation eingetroffen ist, unverzüglich begonnen, Minensperren einzurichten. Nach uns vorliegenden Informationen wurde die **Installation von Antipanzer- und Antipersonenminen** den unteren Kommandeuren übertragen, sie erfolgt chaotisch und **ohne Erstellung entsprechender Karten** von Minenfeldern. In einem Wohngebiet im südöstlichen Teil von Peskij haben Kämpfer der 56. Brigade 35 Antipanzerminen installiert.

Besatzer aus der 36. Marineinfanteriebrigade haben versucht, einen gepanzerten Mehrzwecktransporter und fünf Schützenpanzer in Wohngebieten von Gnutowo zu tarnen.

Wir stellen weiter den aktiven **Einsatz von Mitteln der elektronischen Kriegsführung**

durch den Gegner fest. Mobile Gruppe des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung haben im Verantwortungsbereich der 36. Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Pischtschewik die **Leitungs- und Navigationskanäle von Mitteln des Luftmonitorings der OSZE blockiert.**

Wir stellen weiter Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten unter den ukrainischen Kämpfern fest.

So erlitt der Soldat Namasow am 16. August bei der Entminung von rückwärtigen Positionen des 18. Bataillons der 35. Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Nikolajewka in Richtung Gorlowka infolge der Detonation einer Antipersonenmine Splitterverletzungen.

Bei einer vorläufigen Ermittlung durch einer Kommission des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ wurde festgestellt, dass Ursache des Vorfalles das geringe Niveau der Ausbildung des verletzten Soldaten war, der ohne entsprechende Ausbildung als Pionier eingesetzt wurde.

Nach den Worten des Verletzten war er mit der Ernennung für die Funktion eines Pioniers und der Ausführung gefährlicher Arbeiten wegen der erheblichen Zuschläge zum Sold einverstanden. Außerdem teilte Namasow mit, dass die Mehrzahl der Soldaten seines Zugs auch keine Ausbildung im militärischen Spezialgebiet „Pionier“ haben.

Inzwischen wurde durch eine Entscheidung des Kommandeurs der OOS gegenüber dem Bataillonskommandeur Derduga ein disziplinarischer Verweis ausgesprochen, die Personalbearbeiter des Stabs der OOS müssen eine Analyse der Ernennung von Soldaten auf Funktionen ohne entsprechende Grundausbildung auf dem militärischen Spezialgebiet durchführen sowie eine Ermittlung zu diesen Sachverhalten, wobei sie die Ergebnisse zum Zweck der Bestrafung der schuldigen Kommandeure von Einheiten vorlegen sollen.

Es ist wichtig anzumerken, dass der Kommandeur des 18. Bataillons Derduga neben der Bestrafung durch den Kommandeur der OOS auch der Überschreitung seiner Vollmachten im Zusammenhang mit nicht ordnungsgemäßen gegenseitigen Beziehungen und Betrug beschuldigt wird.

So hat der Bataillonskommandeur Derduga am 14. August bei einer Kontrolle der Frontpositionen des Bataillons im Gebiet von Schumy zwei unterstellte Soldaten in betrunkenem Zustand vorgefunden. Die Kämpfer weigerten sich, Befehle des Kommandeurs zu befolgen und eine medizinische Untersuchung zu durchlaufen.

Wegen der Nichtunterordnung verprügelte Derduga die Kämpfer heftig, danach schickte er sie zur Behandlung der Verletzungen in den Sanitätstruppenteil, dabei befahl er, als Ursache der Verletzungen einen Streit untereinander anzugeben.

Aber am 16. August wurde bei einem der Kämpfer eine Verschlechterung des Zustands und eine Gehirnerschütterung und innere Hämatome im Kopf festgestellt, was es notwendig macht, ihn in das Hospital in Tschasow Jar einzuweisen. In der Brigade zu einer Ermittlung eingetroffene Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft stellten die wahren Ursachen der Verletzungen der Kämpfer fest.

de.sputniknews.com: **„Hegemoniales Verhalten“: China äußert sich zu neuen US-Sanktionen gegen Huawei**

Das US-Vorgehen in Bezug auf den chinesischen Telekommunikationskonzern Huawei ist laut dem Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Zhao Lijian, ein rein hegemoniales Verhalten, das gegen die Grundsätze des internationalen Handels und des fairen Wettbewerbs verstößt.

„China geht entschieden gegen die Verleumdung und den Druck auf Huawei und andere chinesische Unternehmen an. In der letzten Zeit ergreifen die USA ohne jegliche Beweise verschiedene restriktive Maßnahmen gegen Huawei und andere chinesische Unternehmen unter dem Vorwand des Schutzes der nationalen Sicherheit. Das ist ein offen hegemoniales Verhalten. Es muss betont werden, dass diese US-Maßnahmen die Grundsätze einer

Marktwirtschaft und eines fairen Wettbewerbs untergraben“, sagte Zhao Lijian bei einem Briefing am Dienstag.

Ihm zufolge zeugt der zunehmende Druck der USA auf Huawei und andere chinesische Unternehmen nur vom Erfolg dieser Unternehmen.

Am Montag hatte US-Außenminister Mike Pompeo die Ausweitung der Sanktionen gegen den chinesischen Telekommunikationskonzern Huawei angekündigt. Nach Pompeos Worten hat das US-Handelsministerium am Montag 38 weitere Huawei-Tochtergesellschaften auf die schwarze Liste gesetzt.

Huawei steht in den USA wegen Sicherheitsbedenken auf einer schwarzen Liste. Allerdings konnten Vertreter der Vereinigten Staaten bislang keinen handfesten Beweis für eine Hintertür in der Hardware aus China vorlegen.

Der chinesische Telekommunikationsausrüster hat Spionagevorwürfe stets zurückgewiesen und betont, sich an die geltenden Gesetze zu halten.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32646/74/326467416_0:226:3000:1849_1000x0_80_0_1_35ef0c106a4622435ba337d04dbb6797.jpg

tass.ru: **Der belarussische Gesundheitsminister forderte den Nachweis des Einsatzes von Krankenwagen durch OMON**

Wladimir Karantik sagte, dass „keiner unserer Krankenwagen vom Innenministerium benutzt wurde, um Transporte zu Haftanstaltdurchzuführen.“

Der belarussische Gesundheitsminister Wladimir Karanik forderte die Demonstranten in einem offenen Brief auf, Beweise dafür vorzulegen, dass die Bereitschaftspolizei Krankenwagen einsetzte, um gewaltsam die Demonstranten gegen die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen zu zerstreuen. Der Text des Briefes wurde am Dienstag von der Nachrichtenagentur BelTA veröffentlicht.

„Als ich vom gestrigen Gespräch zurückkam [mit Demonstranten im Gebäude des Gesundheitsministeriums, Ärzte], versuchte ich zu sagen, dass keiner unserer Krankenwagen vom Innenministerium benutzt wurde, um sie zu den Haftorten zu transportieren“, heißt es in dem Brief des amtierenden Ministers. Fakten - präsentieren Sie sie und wir werden es herausfinden, denn selbst die Annahme, dass sich möglicherweise Vertreter von Strafverfolgungsbehörden im Krankenwagen befinden, kann die Aggression von Demonstranten hervorrufen und die Sicherheit unserer Mitarbeiter gefährden, und dies ist inakzeptabel. Hoffentlich werden konkrete Fakten präsentiert oder diese Frage wird endlich von der Tagesordnung gestrichen.“

Am Montag versprach der Minister bei einem Treffen mit Ärzten, die Situation zu untersuchen, und sagte, es könnten Militärärzte sein.

Darüber hinaus stellte der Minister fest, dass in jeder Polizeidienststelle von Minsk tatsächlich

Krankenwagen im Einsatz waren, und das Gesundheitsministerium arbeitete eng mit dem Innenministerium zusammen, um „das Problem der medizinischen Versorgung der Bedürftigen schnell zu lösen und die menschlichen Bedingungen für den Aufenthalt in vorübergehenden Haftanstalten zu gewährleisten“. Der Minister betonte, dass das Ergebnis dieser Interaktion, die Überstellung von Häftlingen, die medizinische Versorgung benötigen, aus vorübergehenden Hafteinrichtungen in die Krankenhäuser des Gesundheitsministeriums sowie die sofortige Freilassung von Häftlingen aus Orten war, in denen die Haftbedingungen nicht den Standards entsprachen.

Karanik drängte darauf, die Gesundheit der Patienten nicht persönlichen politischen Ansichten zu opfern und sie nicht von Straßenaktionen abhängig zu machen.

„Möchte einer von uns wirklich ein Gesundheitssystem aufbauen, in dem Menschenleben davon abhängen, Straßenaktionen zu gefallen, bei dem einige der medizinischen Mitarbeiter bestimmen, auf welche Weise die Einrichtung arbeiten soll, wo der Arzt festlegt, wer Hilfe bekommt und wer nicht <...> Kaum einer unserer Bürger möchte sich in einer Situation befinden, in der die Bereitstellung oder Nichtbereitstellung von Unterstützung davon abhängt, ob seine Ansichten zu verschiedenen Themen unserer Zeit mit den Ansichten des Arztes übereinstimmen, zu dem er gebracht wurde“, schrieb Karanik in einem offenen Brief. Er bemerkte, dass er kein Befürworter der „Megaphon-Diplomatie“ sei und lieber „an einem Runden Tisch“ nach Lösungen für Konfliktsituationen suche. Ihm zufolge ist das Gesundheitsministerium bereit, die bestehenden Probleme offen zu diskutieren, aber am Montag, als er zu den Demonstranten im Gebäude der Abteilung ging, „hat der Dialog nicht funktioniert“.

Mil-Inr.info: Erklärung des Vertreters der Volksmiliz der LVR am 18. August 2020
In den letzten 24 Stunden wurden nach Angaben der Vertretung der LVR im GZKK **keine Feuerprovokationen von Seiten der BFU** festgestellt.

Unter Nutzung des geltenden Waffenstillstands führt der Gegner weiter **technische Arbeiten zur Ausrüstung von Positionen unter Einsatz von technischen Sprengsätzen** durch. Gestern haben unsere Beobachter bei der Ausrüstung von Positionen in der Nähe von Stschastje durch Kämpfer der 25. Brigade die Detonation eines technischen Sprengsatzes festgestellt. Zwanzig Minuten nach der Detonation traf im Gebiet, in dem die Arbeiten stattfanden, ein militärisches Sanitätsfahrzeug der 25. Brigade ein. Nach Informationen von unseren Quellen wurden zwei Soldaten der Brigade verletzt. ...

rusvesna.su: Das belarussische Innenministerium bestätigt einen weiteren Toten während der Proteste

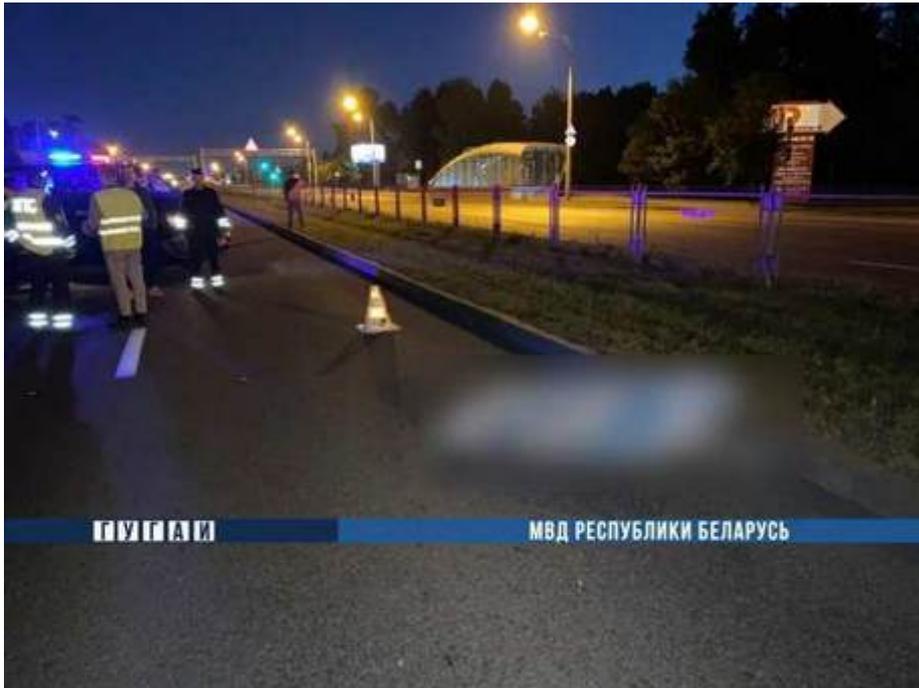
Das belarussische Innenministerium bestätigte heute einen weiteren Tod bei Massenprotesten. Ein 19-jähriger junger Mann starb unter den Rädern eines Autos am Partisanskij-Prospekt in Minsk.

Die Tragödie ereignete sich am Morgen des 16. August gegen halb vier.

„Es ist bekannt, dass der Mann auf der Straße in den letzten Tagen an Massenveranstaltungen in Minsk teilgenommen hat.

Unmittelbar vor der Kollision war er unterwegs. Dies wurde vom Volkswagen-Fahrer bemerkt, und er warnte den Fußgänger vor der Gefahr und forderte ihn auf, die Straße auf den Bürgersteig zu verlassen. Der Fußgänger ignorierte jedoch seine Worte und geriet nach einer Weile unter die Räder eines Renault“, sagte Olga Tschomodanowa, Pressesprecherin des Innenministeriums der Republik Belarus.

Verkehrspolizisten, ein Vertreter des Untersuchungsausschusses und ein Spezialist der Abteilung des Staatlichen Ausschusses für forensische Expertise (GKSE) in Minsk führen zum Ort des Geschehens.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by_text/public/dtp_v_minske_2.jpg

tass.ru: **Streiks in Weißrussland (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)**

Belaruskali-Arbeiter streiken. Die Produktion wurde in allen Minen des Unternehmens eingestellt.

Die Mitarbeiter von „Belaruskali“ unterstützten einen landesweiten Streik und stoppten den Abbau in allen Minen des Unternehmens. Dies gab der gegenüber TASS der Vorsitzende der belarussischen unabhängigen Gewerkschaft Maxim Posnjakow am Dienstag bekannt. „In allen Abbaustellen wurden Streikkomitees gebildet, die Minen stehen still, die Menschen sind nicht in die Minen gegangen, es wird nichts abgebaut“, sagte der Leiter der unabhängigen Gewerkschaft.

Gleichzeitig stellte Posnjakow klar, dass „die Fabriken immer noch mit zuvor abgebauten Rohstoffen arbeiten“. Ihm zufolge werden am Dienstag Vertreter des Arbeitskollektivs mit dem Chef von Belaruskali Iwan Golowati zusammentreffen. „Die Vertreter der Streikkomitees werden die Forderungen der Arbeiter äußern“, sagte der Führer der unabhängigen Gewerkschaft, unter anderem die Anerkennung der Präsidentschaftswahlen als ungültig, den Rücktritt des amtierenden Präsidenten, die Freilassung aller während der Protestaktionen Inhaftierten und politischen Gefangenen, so Posnjakow. „Die Arbeiter fordern auch, dass OMON (die Bereitschaftspolizei) aus der Stadt entfernt wird“, fügte er hinzu. Der Leiter der Gewerkschaftsorganisation von Belaruskali des Belchimprofsojus Andrej Rybak sagte am Dienstagmorgen, dass Belaruskali OJSC immer noch mit reduzierten Kapazitäten arbeitet, es gebe keine klare Position zur Einstellung der Produktion. ...

Belneftech bestritt Informationen über Streiks in der Ölraffinerie Mosyr, wie der Betrieb mitteilte, funktioniert die Anlage normal. ...“Es gibt Informationen über einen Streik, der angeblich heute ab 12:00 Uhr in der Mosyr-Ölraffinerie mit einer Unterbrechung des technologischen Prozesses begonnen habe. Wir erklären offiziell, dass die Anlage bei optimaler Auslastung normal funktioniert“, sagte der Pressedienst. ...

Belkommunmash, einer der größten Hersteller von Elektrofahrzeugen für den städtischen Personenverkehr in der GUS und ein führendes Unternehmen auf seinem Gebiet in Weißrussland, **hat sich den Protesten im Land noch nicht angeschlossen.** Eine Aktion findet außerhalb des Betriebsgeländes statt. Dies wurde dem TASS-Korrespondenten am Dienstag aus dem Büro des Unternehmens gemeldet.

„Es gibt keine Proteste im Unternehmen selbst, die Mitarbeiter arbeiten wie gewohnt. Die

Produktion wurde nicht gestoppt", versicherte Belkommunmash.

Gleichzeitig versammelten sich über hundert Menschen mit weißen und roten Fahnen vor dem Werk und veranstalteten eine Kundgebung. Das Unternehmen gab zu, dass mehrere seiner Mitarbeiter zum Publikum gingen. „Die Leute kamen zum Betrieb. Einige unserer Mitarbeiter gingen zu ihnen hinaus. Niemand verbietet ihnen etwas", bemerkte der Gesprächspartner. ...

Die Nationalbank von Belarus bestritt Berichte über einen bevorstehenden Streik. Die Einrichtung arbeitet wie gewohnt.

Die Informationen einiger Telegram-Kanäle, dass Mitarbeiter der Finanzabteilung einen Streik vorbereiten, wurden vom Pressedienst der Nationalbank von Belarus als Fälschungen bezeichnet.

„Die Nationalbank arbeitet normal, wir äußern uns nicht zu Fälschungen", sagte der Pressedienst der Regulierungsbehörde am Dienstag gegenüber TASS. ...

de.sputniknews.com: **Proteste in Weißrussland: Lukaschenko zeichnet Sicherheitskräfte aus**

Während Tausende Bürger gegen seine Wiederwahl demonstrieren, zeichnet der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko Ordnungskräfte mit Medaillen aus. Die Opposition kritisiert den Schritt als beleidigend für das Volk.

Alexander Lukaschenko hat mehr als 300 Mitarbeiter des Innenministeriums mit Medaillen „Für einwandfreien Dienst“ ausgezeichnet. Ein entsprechender Erlass des weißrussischen Staatsoberhauptes war am Donnerstag vergangener Woche, inmitten der Proteste gegen das amtliche Ergebnis der Präsidentenwahl vom 9. August, unterzeichnet worden. Am heutigen Dienstag wurde das 25 Seiten umfassende Dokument auf einer offiziellen Regierungsseite veröffentlicht.

Der vereinigte Oppositionsstab kritisierte die Vergabe der Staatsauszeichnungen an die Sicherheitskräfte.

„Ich persönlich werte das als eine Beleidigung des gesamten weißrussischen Volkes“, kommentierte die Sprecherin des Oppositionsstabs, Maria Kolesnikowa, am Dienstag.

Nach den „Wochen Gewalt, Aggression und Tod“ würden Menschen ausgezeichnet, die darin verstrickt seien. „Ich denke, das ist ein sehr großer Schritt hin zum Polizeistaat. Wir wollen das nicht dulden“, so Kolesnikowa im Sender Euroradio. Wie sie weiter erläuterte, läuft der Plan der Opposition darauf hinaus, den „friedlichen Widerstand“ fortzusetzen.

Das weißrussische Innenministerium ließ daraufhin wissen, dass die Vergabe der Auszeichnungen schon im März, also lange vor der Präsidentenwahl, geplant gewesen sei.

„Wir beeilen uns zu kommentieren! Die Unterlagen für die Auszeichnung dieser Mitarbeiter waren bereits im März 2020 ordnungsgemäß an den Ministerrat der Republik Belarus gerichtet worden“, so das Innenministerium via Telegram. „,

rusvesna.su: **Weißrussland wird sich heute zur Unterstützung für Lukaschenko versammeln**

Heute versammeln sich die Weißrussen zu Kundgebungen zur Unterstützung von Alexander Lukaschenko. Die Aktionen finden in Minsk, Mogilew, Gomel, Bobruisk und Rechitsa statt. Um 17:00 Uhr versammeln sie sich in Mogilev am Leninplatz und in Bobruisk am Leninplatz. Um 18:00 Uhr - in Gomel am Leninplatz und in Rechitsa am Zentralplatz.

Ein Treffen ist für 19:00 Uhr in Minsk in der Nähe der U-Bahnstation Mogilewskaja geplant.

...



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/skan_559.jpg



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/skan3_10.jpg

de.sputniknews.com: „**Es gibt keinen Druck auf streikende Fernsehjournalisten**“ – Weißrusslands Die weißrussischen staatlichen Fernsehsender setzen laut Informationsminister Igor Luzki ihre Sendungen fort. Es wird ihm zufolge kein Druck auf streikende Mitarbeiter des Fernsehens ausgeübt.

„Die weißrussischen Fernsehsender sind tätig. Schalten Sie alle neun Sender des allgemein zugänglichen Pakets ein, sie sind in Betrieb. Es gibt keinen solchen Druck auf Journalisten (des Fernsehens, die einen Streik verkündet haben – Anm. d. Red.), der (seitens der Opposition – Anm. d. Red.) auf Journalisten der staatlichen Medien (die Bericht über die Tätigkeiten der Behörden erstatten – Anm. d. Red.) ausgeübt wird. Alles ist im gesetzlichen Rahmen“, erklärte Luzki gegenüber RIA Novosti am Dienstag.

Am Montag traten einige Mitarbeiter der größten weißrussischen Medienholding „Belteleradiokompanija“ in den Streik.

Davor hatten Journalisten eine Mitteilung an den Chef der Holding, Iwan Jesmont, gerichtet, in der sie unter anderem gefordert hatten, die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl für ungültig zu erklären und die Zensur in den Massenmedien aufzuheben.

Nun haben auch Mitarbeiter der staatlichen TV-Sender „ONT“ und „STV“ die Absicht bekundet, sich dem Streik anzuschließen. ...



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/12/327735080_0:176:2981:1788_1000x080_0_1_9203b042ef54488c4c4394853cc9cf2b.jpg

de.sputniknews.com: **Teheran kommentiert Putins Vorschlag für Online-Gipfel zum Iran**
Teheran ist bereit, den Vorschlag des russischen Präsidenten Wladimir Putin, einen Online-Gipfel zu iranischen Themen abzuhalten, zu erwägen. Laut dem iranischen Regierungssprecher Ali Rabia wird die endgültige Entscheidung bald bekannt gegeben. „Sobald alle Seiten offizielle Anfragen für den Gipfel erhalten, werden wir (die Initiative) mit vollem Ernst betrachten und anschließend unsere Entscheidung bekannt geben“, sagte Ali Rabia.

Er betonte aber, dass ein Online-Gipfel zu iranischen Themen kaum effektiv sein würde. „Wir verstehen die gute Absicht von Herrn Putin, die Spannungen auf die eine oder andere Weise abzubauen. Wir bezweifeln jedoch, dass ein solches Treffen ohne Aufrichtigkeit der amerikanischen Regierung wirksam sein wird“, unterstrich der Politiker. „Wahrscheinlich wird der US-Präsident es nicht wagen, am Gipfel teilzunehmen, weil er von der eigenen Isolierung überzeugt ist“ fügte er hinzu.

Präsident Wladimir Putin erklärte am Freitag, Russland sei weiterhin voll und ganz dem Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan (JCPOA) zur Regelung der Situation um das iranische Atomprogramm verpflichtet. Putin schlug vor, in nächster Zukunft ein Online-Treffen der Oberhäupter der ständigen Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrates unter Beteiligung der Staats- und Regierungschefs Deutschlands und des Irans abzuhalten, um eine Verschärfung der Lage zu vermeiden. ...

de.sputniknews.com: **Regierungskräfte in Syrien beschossen: „US-Soldaten gehen die Nerven durch“**

Amerikanische Kampfhubschrauber haben einen Kontrollposten der syrischen Regierungsarmee im Nordosten Syriens angegriffen, weil syrische Kräfte laut lokalen Medien einen US-Konvoi an der Weiterfahrt in fremdes Gebiet gehindert hatten. Der Vorfall zeugt von Planlosigkeit in der Militärführung der USA, sagte ein Experte im Sputnik-Gespräch. Ein syrischer Soldat ist Medienberichten zufolge gestorben, zwei wurden verletzt, als Kampfhubschrauber der US Air Force einen Kontrollposten der Regierungsarmee unweit der Stadt Qamischli in der Provinz Hasaka im Nordosten Syriens beschossen. Die Soldaten hätten sich geweigert, „eine Patrouille der US-Besatzer“ durchzulassen, so der TV-Sender „Al Ekhbariya“. Einer der Verletzten sei ein syrischer Offizier, schreibt die Zeitung „Al Watan“. Laut dem Blatt versuchte die US-Patrouille, ein Gebiet zu befahren, das von syrischen Regierungstruppen kontrolliert wird.

Die US-Armee hat hier offenbar überreagiert, sagt der Politologe Dmitri Jewstafjew im Sputnik-Gespräch. Ein relativ harmloser Vorgang wie das Anhalten einer Patrouille habe die

US-Soldaten zu unverhältnismäßiger Härte veranlasst.

„Der Vorfall zeigt – das ist jetzt nur eine Vermutung von mir –, dass jemand von den US-Kommandeuren die Nerven verloren hat. Die amerikanischen Truppen in Syrien stehen permanent unter großem Druck von außen. Hinzu kommt, dass sie von ihrer Führung getrennt handeln müssen. Die amerikanische Militärführung macht den Anschein, desorientiert und angesichts der Ereignisse in der amerikanischen Hauptstadt demoralisiert zu sein. Die Soldaten sind offenbar auf sich allein gestellt und fühlen sich alleingelassen.“

Es stehe zu befürchten, so der Experte, dass die US-Armee den Vorfall als Vorwand für weitere Angriffe gegen die syrischen Regierungstruppen nehme. „Die Amerikaner müssen Stärke zeigen, als hätten sie noch festen Stand in Syrien. Ich glaube, es kann zu weiteren Angriffen kommen, dann vielleicht in einer organisierten Form, was ich für sehr gefährlich halte.“

Amerikanische Truppen halten sich unrechtmäßig in Syrien auf. Die syrische Regierung erklärte mehrmals, die Präsenz des US-Kontingents auf syrischem Boden verletze die Hoheit des syrischen Staates und verstoße gegen internationales Recht.

de.sputniknews.com: **Russischer Generalmajor durch Sprengfalle in Syrien getötet**

Ein russischer Generalmajor ist bei der Explosion einer Bombe in Syrien ums Leben gekommen, zwei weitere Soldaten wurden verletzt. Dies teilt das russische Verteidigungsministerium am Dienstagabend mit.

Bei dem Getöteten handelte es sich um einen Militärberater. Die Sprengfalle befand sich laut dem Ministerium am Straßenrand, als eine russische Militärkolonnie gerade auf dem Rückweg nach einer humanitären Aktion in der Nähe von Deir ez-Zor gewesen sei. Ein selbstgebastelter Sprengsatz sei detoniert.

Der Generalmajor sei umgehend in Sicherheit gebracht und ärztlich versorgt worden. Er konnte dem Ministerium zufolge aber nicht mehr gerettet werden. Er soll nun posthum vom Staat ausgezeichnet werden.

Das Verteidigungsministerium in Moskau hat derweil versprochen, der Familie des getöteten Militärs die notwendige Hilfe zukommen zu lassen.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/12/327737176_0:52:1280:744_1000x54180_0_0_39378ada37868cd85339595718c7c604.jpg

de.sputniknews.com: **Nach Sperre russischer Medien auf YouTube: Google ist Moskau Erklärung schuldig**

Angesichts der Sperre von YouTube-Accounts russischer Medien hat der Menschenrechtsrat beim russischen Präsidenten ein Schreiben an das US-amerikanische Büro des Technologieriesen Google LLC gerichtet.

Zuvor hatte die Video-Plattform YouTube die Konten der Webseite des russischen TV-Senders Zargrad und seiner Online-Version sowie die Accounts der Nachrichtenagenturen Anna News

und News Front gesperrt sowie das Konto eines der wichtigsten TV-Sender der Teilrepublik Krim, Krim 24, gelöscht.

Nun habe der Vorsitzende des russischen Menschenrechtsrates im einem Brief an das amerikanische Büro von Google darum gebeten, die Gründe für diese Blockierung russischer Massenmedien zu erklären, heißt es in einer Mitteilung, die am Dienstag auf der Webseite der Behörde veröffentlicht wurde.

Die Eigentümer der gesperrten Kanäle hätten beim Menschenrechtsrat Beschwerden eingereicht, die auf die Gesetzwidrigkeit der Aktivitäten von YouTube-Administratoren verwiesen hätten.

Die Öffentlichkeit sehe Anzeichen von Zensur in diesen Sperraktivitäten sowie Versuche, die Rede- und Meinungsfreiheit zu beeinflussen, heißt es in der Mitteilung weiter.

Insgesamt wurden laut offenen Quellen in den letzten Jahren etwa 200 russischsprachige Kanäle von Video-Hosting-Administratoren in die schwarze Liste aufgenommen.

Üblicherweise würden vor der Blockade eines Kanals oder eines einzigen Videos eine entsprechende Warnung mit der Auflage geschickt, die bestehenden Verstöße zu beseitigen, mit einem Link zu bestimmten Punkten in den YouTube-Nutzungsbedingungen, gegen die verstoßen worden sei. Bei der Sperrung der YouTube-Kanäle russischer Medien seien jedoch alle Sperrverfahren ohne vorherige Warnung durch die Verwalter erfolgt.

In ihren Antworten auf entsprechende Anfragen hätten die YouTube-Admins die Medienvertreter nicht darüber aufgeklärt, gegen welche Vorschriften verstoßen worden sei oder was die Ursache für die Sperrung und Löschung der Konten war.

„Der Rat bittet, die Ständige Kommission für Informationsfreiheit und Rechte von Journalisten darüber zu informieren, welche Verstöße die Blockierung der Kanäle russischer Medien und Blogger zur Folge haben, ohne das Recht, die Konten wiederherzustellen,“ heißt es weiter. Zudem möchte der Menschenrechtsrat wissen, warum das übliche Verfahren zur Vorbeugung von Verstößen gegen die bestehenden Vorschriften gegenüber den russischen Medien und Bloggern nicht eingehalten werde.

Bereits Anfang August hatte der Vorsitzende des Rates, Waleri Fadejew, ein Schreiben im Zusammenhang mit der Sperrung von YouTube-Kanälen russischer Medien an den CEO der russischen Tochter von Google, David Sneddon, gerichtet. Damals weigerte sich das Unternehmen, den Vorfall zu kommentieren: Seine Mitarbeiter hätten mit den Administratoren-Aktivitäten der Videoplattform nichts zu tun und seien daher nicht imstande, angefragte Informationen zur Verfügung zu stellen, hieß es. Zudem sei OOO Google keine Vertretung von Google LLC in Russland, das keine Außenstellen oder Vertretungen in der Russischen Föderation habe.

Rusvesna.su: Lukaschenko: Kampfeinheiten der Armee an den Westgrenzen werden bereitgestellt und zur vollen Kampfbereitschaft gebracht

Der Präsident von Belarus sagte, dass die Militäreinheiten der Armee an den westlichen Grenzen der Republik bereitgestellt und in Alarmbereitschaft versetzt wurden.

Diese Informationen wurden auf dem heutigen Treffen mit Mitgliedern des Sicherheitsrates der Republik Belarus bekannt gegeben. Dort bekräftigte der Präsident seine Besorgnis über die sich entlang der Westgrenzen des Landes entwickelnde Situation.

Lukaschenko bemerkte, dass die Besorgnis nicht nur durch die Ereignisse „innerhalb unseres Landes, sondern auch außerhalb“ verursacht wird.

„Besonders an unseren Grenzen. Sie erinnern sich, dass wir im Zentrum des strategischen Managements dieses Thema bereits angesprochen und darüber gesprochen haben. Einige unter unseren Bürgern sahen darin eine Eskalation der Situation. Sie sagen, dass es an den westlichen Grenzen unseres Landes nichts Besonderes gäbe. Aber ich denke, dass Sie sich (gestern Abend, besonders in der Nacht) davon überzeugen konnten, dass dies keine Eskalation der Situation war, sondern eine genaue und angemessene Reaktion. Wir hätten das

früher beachten und im Blick haben sollen“, sagte er.

„Es gab Aussagen von Vertretern westlicher Staaten, einschließlich der Führer einiger Staaten, die überhaupt nicht wissen, wo sich Belarus befindet und nicht wissen, was hier passiert.

Trotzdem werden diese Aussagen gemacht“, erklärte der belarussische Staatsoberhaupt.

Wie "Ruskaja Vesna" berichtete, beginnen Kämpfer ab heute, die Staatsgrenze von Belarus zu patrouillieren.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/lukashenko_44.jpg

deu.belta.by: **Lukaschenko über Koordinierungsrat der Opposition: Das ist ein Versuch der Machtergreifung**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko bewertete die Gründung des Koordinierungsrates durch die Opposition und nannte es einen Versuch der Machtergreifung mit allen daraus resultierenden Folgen. Das erklärte er heute in der Besprechung mit Mitgliedern des Sicherheitsrates.

Das Staatsoberhaupt sprach sich über die Lage im Land aus. „Das ist ein Versuch, die Staatsmacht, insbesondere Streitkräfte zu beschwichtigen: „Wir sind friedlich und gut, wollen keinen Widerstand. Das ist so und nicht so. Das ist ein Schirm“, erklärte Alexander Lukaschenko.

Erstens wurde im Land dem Präsidenten zufolge ein Stab der Opposition zur Machtübergabe gegründet. „Er fordert, die Macht zu übergeben. Wir sehen es eindeutig: Das ist ein Versuch der Machtergreifung mit allen daraus resultierenden Folgen“, hob der belarussische Staatsoberhaupt hervor.

„Deshalb will ich alle Mitglieder dieses Stabs warnen, dass wir adäquate Maßnahmen ausschließlich gemäß Verfassung und Gesetz treffen. Wir können einige Hitzköpfe beschwichtigen“, warnte Alexander Lukaschenko.

Der Präsident sprach sich negativ über die Mitglieder des Rates der Opposition aus.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000019_1597760888_52075_big.jpg?r=9375

abends:

rusvesna.su: **Weißrussland geht zu Kundgebungen für Lukaschenko**

Heute versammeln sich die Weißrussen zu Kundgebungen zur Unterstützung von Alexander Lukaschenko. Die Aktionen finden in Minsk, Mogilev, Gomel, Bobruisk und Rechartsa statt. Um 17:00 Uhr versammeln sie sich in Mogilew am Leninplatz und in Bobruisk am Leninplatz.

Um 18:00 Uhr - in Gomel am Leninplatz und in Rechartsa am Zentralplatz.

Ein Treffen ist für 19:00 Uhr in Minsk in der Nähe der U-Bahnstation Mogilevskaya geplant. Darüber hinaus sind für den 19. August zwei Kundgebungen "Für Frieden, Stabilität und Sicherheit" von Belarus in Minsk geplant.

Um 18:00 Uhr beginnt die Aktion in G.K. Schukow benannten Platz und um 19:00 Uhr - in der Nähe des Denkmals "Belarus Partisan" (U-Bahnstation "Mogilevskaja").

Aktualisiert

Bei der Kundgebung in Mogilew versammelten sich mehrere Tausend Menschen.

Die Leute singen: "Für den Vater!", "Weißrussland!", "Wir werden das Land nicht aufgeben!"

An der Fassade des regionalen Exekutivkomitees von Mogilew flattert eine riesige Nationalflagge.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/vertolet_flag_belorus.jpg



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/miing_za_lukashenko.jpg

<iframe width="420" height="315" src="https://www.youtube.com/embed/KLIcB9cP-Zw" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>
<https://youtu.be/KLIcB9cP-Zw>

lug-info.com: **Heute fand in Stachanow die Beerdigung des 27 Jahre alten Soldaten der Volksmiliz der LVR Wladislaw Motusow statt, der durch Scharfschützenbeschuss von Seiten der Kiewer Truppen starb.**

Um den getöteten Verteidiger der LVR auf seinem letzten Weg zu begleiten, kamen Kameraden, Freunde und Verwandte sowie Vertreter der Verwaltung von Brjanka, wo der Tote gelebt hatte. Der Verteidiger der Republik wurde auf der Ruhmesallee auf dem Stachanower Friedhof im Wohngebiet Kamenka beerdigt, wo bereits einige Dutzend Soldaten der Volksmiliz der LVR begraben sind.

Der Kommandeur der Tschistjakowskaja-Gardebrigade der Volksmiliz der LVR, der Veteran des Krieges in Afghanistan Andrej Skoryj, unterstrich, dass die Soldaten der Republik nicht auf Provokationen von Seiten der Ukraine eingehen und das Feuer nicht eröffnen. Der Brigadekommandeur unterstrich, dass alle ukrainischen Kriegsverbrecher auf jeden Fall ihre verdiente Strafe erhalten werden.

„Ein weiteres Mal hat der Präsident der Ukraine bewiesen, dass er nicht in der Lage ist, seine Truppen zu lenken. Wir sind eine Einheit, die Befehl ausführt, und wenn es einen Befehl geben wird, werden wir unsere Genossen rächen, aber jetzt werden wir auch weiter die Minsker Vereinbarungen einhalten“, sagte er. „Ich weiß, das ist nicht leicht, aber es gibt einen Befehl und wir sind Militär und es ist unsere direkte Pflicht. Vielleicht werden wir ohne zu schießen mehr tun, glaubt daran, die Vergeltung ist nah und wir werden siegen!“

Der stellvertretende Kommandeur der Brigade Sergej Lantrat äußerte die Überzeugung, dass der getötete Verteidiger der Republik für immer als Held in der Erinnerung der Einwohner des Donbass bleiben wird.

„Am 15. August starb unserer Kampfgenosse durch einen Scharfschützenschuss. Die Ukraine hat hinterhältig weitere Friedensversprechungen im Donbass gebrochen. Ich hoffe, dass jeder Kriegsverbrecher für seine Taten zur Verantwortung gezogen und die angemessene Strafe erhält“, sagte er.

Der Bürgermeister von Brjanka Nikolaj Morgunow sagte, dass Motusow ein „Bürger der Republik, ein russischer Soldat, war, der die Gefahren nicht fürchtete und die Waffen aufnahm, um die historische Wahrheit, sein Land zu verteidigen und ehrenhaft sein Leben für seine Freunde gab“. Der Bürgermeister unterstrich, dass die Volksmiliz den Waffenstillstand einhält, „weil sie den Wert des Worts eines russischen Menschen kennt“. Er äußerte die Hoffnung darauf, dass der Frieden auf jeden Fall in den Donbass zurückkehrt und alle ukrainischen Verbrecher bestraft werden.



[http://img.lug-info.com/cache/5/4/\(1\)_IMG_5606_novyj_razmer.JPG/w620h420wm.jpg](http://img.lug-info.com/cache/5/4/(1)_IMG_5606_novyj_razmer.JPG/w620h420wm.jpg)

deu.belta.by: **Lukaschenko betont Unbegründetheit des Oppositionsprogramms**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko unterzog in der heutigen Besprechung mit Mitgliedern des Sicherheitsrates das Oppositionsprogramm einer strengen Kritik, in dem vorrangige Maßnahmen bis 2021 und langfristige Aktivitäten bis 2030 aufgelistet sind.

Das Staatsoberhaupt gab der Regierung und der Präsidialverwaltung den Auftrag, Informationen über Folgen für das Land bezüglich aller Punkte vorzubereiten. „Die Regierung wird die Materialien vorbereiten, und wir informieren danach das Volk über die Folgen eines jeden Schrittes“, sagte er.

Alexander Lukaschenko äußerte auch seine Meinung bezüglich des Programms.

„Zum Beispiel der Austritt aus dem Unionsstaat, der Eurasischen Union, der Zollunion (sie wissen aber nicht, dass sie nicht mehr existiert, die Eurasische Union ist die Fortsetzung der Zollunion) und anderen Integrationsstrukturen, in denen Russland vorherrsche. Ich muss sagen, dass Russland bei diesen Strukturen nicht dominiert. Man muss Satzungsdokumente lesen. Die Fragen werden im Konsens gelöst und jedes Land hat eine Stimme“, sagte der Staatsoberhaupt.

Die Opposition schlägt auch vor, Grenz- und Zollkontrollen mit Russland einzuführen. „Das heißt, dass Grenzen zwischen Belarus und Russland mit allen daraus resultierenden Folgen gesetzt werden“, bemerkte der Präsident.

„Drittens ist das Verbot, belarussische infrastrukturelle Objekte an russische Unternehmen zu verkaufen. Ist etwa der Verkauf an westliche Unternehmen dann möglich? Meine Position bleibt eindeutig: Wir werden niemandem etwas verkaufen“, unterstrich das belarussische Staatsoberhaupt.

Alexander Lukaschenko äußerte sich auch über die Befreiung von Massenmedien von der staatlichen Kontrolle. „Das bedeutet, dass die derzeitige Kontrolle des Staates negativ bewertet wird. Ein gewisser Koordinierungsrat aus irgendwelchen Gauklern wird die Massenmedien etwa ganz gut kontrollieren. Etwas Ähnliches gab es in der Ukraine und anderen Staaten. Darüber wissen sie Bescheid“, sagte der Präsident.

Außerdem will die Opposition die Fernsehübertragung aus Lettland, Litauen, Polen und Ukraine sicherstellen. „Das lasse ich ohne Kommentare“, sagte Alexander Lukaschenko. In Militärbranche wird vorgeschlagen, aus der OVKS auszusteigen, russische Militärstützpunkte in Belarus – die Meldezentrale in Wilejka und die Radarstation in der Nähe von Baranowitschi zu schließen. In der Besprechung wurde hervorgehoben, dass diese Objekte keine Militärstützpunkte sind. Der Präsident verstehe nicht, womit uns die Militärstützpunkte drohen. Das seien nicht einmal Kampfeinheiten. „Dort arbeiten 90%

unserer Leute, sie erhalten entsprechend Löhne“, sagte der Staatschef. Er betonte, dass wir russische Waffen haben, die zu nichts werden, falls Belarus eine antirussische Politik durchführt.

„Diese sowjetischen, russischen Waffen werden vernichtet. Laut NATO-Standards braucht man riesiges Geld für eine Neuausrüstung der Armee. Niemand wird uns Geld dafür geben“, bemerkte der Präsident.

„Weiter folgt eine weite Entwicklung der Grenzinfrastruktur im Westen mit der Europäischen Union. Dabei wird die Grenze zu Russland geschlossen. Die Folgen lassen nicht lange auf sich warten. Während wir heutzutage mit Russland handeln, so wissen sie, was morgen passiert“, machte Alexander Lukaschenko aufmerksam.

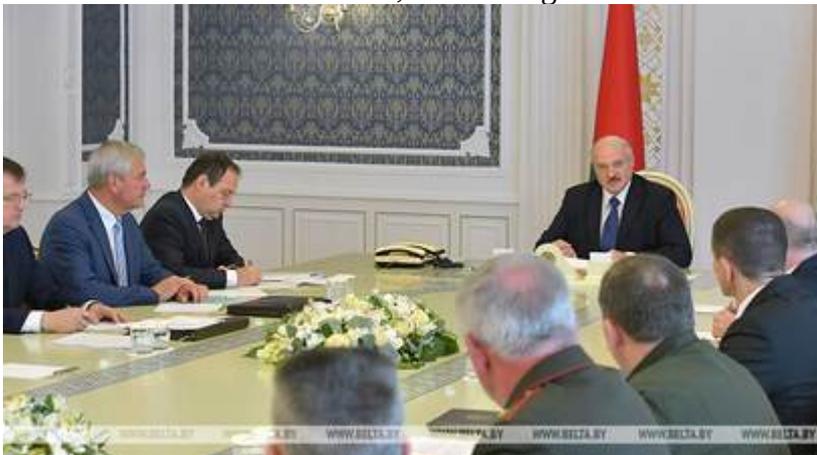
Der Staatschef sprach sich auch über ein allmähliches Verbot der russischen Sprache in Belarus aus. „Sie wollen auch eine strafrechtliche Verantwortung für die Schändung der belarussischen Sprache einführen. Wir haben noch nie unsere Muttersprache vernachlässigt“, unterstrich der Staatschef.

Die Opposition will auch die belarussische Sprache in der Armee, bis 2030 in die Kindergärten und Universitäten einführen. „Wir haben schon vereinbart, dass wir zwei staatliche Sprachen haben. Keine Sprachen sind bei uns verboten“, betonte der Präsident. Alexander Lukaschenko wies darauf hin, dass es in einigen Staaten mehrere Staatssprachen gibt. „In Österreich wird Deutsch gesprochen. Die Menschen leben dort normal“, bemerkte er. Ein weiterer Punkt des Oppositionsprogramms betrifft die Wiederherstellung der Belarussischen autozephalen orthodoxen Kirche im Gegensatz zum Belarussischen Exarchat des Patriarchen von Moskau. „Wir waren immer auf den zwischenkonfessionellen Frieden stolz“, unterstrich Alexander Lukaschenko.

Im Oppositionsprogramm geht es um die Beantragung der Mitgliedschaft in der Europäischen Union und der NATO. Dazu sagte das Staatsoberhaupt, dass „die Demokratie in der Ukraine schon seit etwa 10 Jahren herrscht“, das Land aber weder in der NATO, noch in der EU angenommen wurde. „Niemand erwartet uns dort. Somit werden wir nur das Land vernichten“, ist der belarussische Staatschef sicher.

Er sagte, dass kürzlich die amerikanischen Massenmedien über die Union von drei Meeren berichteten: „Ostsee, Schwarzes Meer, Adria. Russland und Serbien gibt es in der Union nicht, Belarus schon“.

„Ich wiederhole noch einmal: In nächster Zeit analysieren wir die Fragen und informieren das Volk über die Folgen. Wir sehen doch, dass sie Neuwahlen fordern, Chaos, Betriebsstreiks verursachen. Sie beginnen, die Familien von Staatsbeamten, Militärangehörigen, Miliz, Massenmedien abzuschneiden“, schlussfolgerte der Präsident.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000019_1597764879_52076_big.jpg

rusvesna.su: **Die Opposition ist wieder auf den Straßen: Was in Minsk passiert**

Die belarussische Opposition geht heute wieder auf die Straße: Protestaktionen werden in verschiedenen Städten vorbereitet, nicht nur in der Hauptstadt.

Der wichtigste Treffpunkt der Opposition ist heute der Unabhängigkeitsplatz in Minsk. Der gleiche Platz, auf dem Lukaschenka am Sonntag mit den ihn unterstützenden Weißrussen sprach.

Der aus Polen ausgestrahlte Telegram-Kanal Nexta, der die Proteste tatsächlich koordiniert, schreibt in einem Ultimatum-Ton:

„Heute wird ein weiterer wichtiger Tag im Kampf für unsere Freiheit sein. Tektonische Verschiebungen finden an allen Fronten statt, daher ist es wichtig, nicht langsamer zu werden ... Wir versammeln uns am Unabhängigkeitsplatz. Beamte haben den ganzen Tag Zeit, sich entweder dem Volk anzuschließen oder zurückzutreten.“

Währenddessen kamen in Mogilew, Gomel, Bobruisk, Retschitsa und Minsk Tausende von Menschen zusammen um Lukaschenko zu unterstützen.

Die Hauptslogans dieser Aktionen waren "Wir werden das Land nicht auseinanderfallen lassen", "Solange wir vereint sind, sind wir unbesiegbar", "Wir alle haben gesehen, was in der Ukraine geschah."

<iframe width="420" height="315" src="https://www.youtube.com/embed/NaylN-3tZtQ" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/NaylN-3tZtQ>

deu.belta.by: **Verteidigungsministerium: Ausländische Partner über innere und äußere politische Lage informiert**

Die Führung des Departements der internationalen Militärkooperation des belarussischen Verteidigungsministeriums führte einige Treffen mit Militärattachés Großbritanniens, Deutschlands, Litauens, Polens und der Ukraine durch, die im belarussischen Verteidigungsministerium akkreditiert sind.

Ausländische Partner wurden über die innere und äußere politische Lage informiert. Analysiert wurde die steigende Anzahl der ausländischen Militärkontingente und des Personalbestandes der Streitkräfte der Nachbarstaaten. Man hat Maßnahmen der belarussischen Streitkräfte in Bezug auf die Sicherheitsdrohungen für den belarussischen Staat und durchgeführte Vorbereitungsmaßnahmen dargelegt sowie an den Status und Inhalt der Tätigkeit der Militärattachés erinnert, die im belarussischen Verteidigungsministerium akkreditiert sind.

rusvesna.su: **Weißrusslandkrise: Putin warnte Macron**

Der russische Präsident Wladimir Putin betonte in einem Telefongespräch mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron die Unzulässigkeit von Eingriffen in die inneren Angelegenheiten Weißrusslands und den Druck auf Minsk.

Der Pressedienst des Kremls berichtet, dass das Gespräch auf Initiative der französischen Seite stattgefunden habe.

„Wladimir Putin betonte bei der Erörterung der schwierigen Lage in Belarus die Unzulässigkeit von Eingriffen in die inneren Angelegenheiten der Republik und die Ausübung von Druck auf die belarussische Führung. Beide Seiten zeigten Interesse an einer baldigen Lösung der aufgetretenen Probleme“, heißt es in der Botschaft.